

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 04.12.2008

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg"
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hempelmann - BfB

CDU

Herr Berenbrinker
Frau Brinkmann
Herr Graeser
Herr Kleinesdar
Frau Weyer

SPD

Herr Fortmeier
Herr Gieselmann
Frau Selle
Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hahn
Herr John
Herr Steinkühler

FDP

Frau Wilmsmeier

Verwaltung

Herr Glasl
Frau Stude

Bauamt
Büro des Rates

zu TOP 5.1, 6

Schriftführung

Frau Busch-Viet

Büro des Rates

Entschuldigt fehlt

Frau Krause - CDU

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung mit Schreiben vom 25.11.2008 form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei. Sie gratuliert Frau Brinkmann nachträglich zum Geburtstag. Auf Vorschlag von Frau Hempelmann fasst die Bezirksvertretung zur Tagesordnung folgenden

Beschluss:

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 5.1 und 6 wird zusammengefasst.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Herr Georg Buchner erinnert daran, dass vor drei Jahren der Lebensmittelmarkt im Einkaufszentrum Lohmannshof geschlossen worden sei. Eine Folgenutzung durch das Handelsunternehmen Markant bzw. als CAP-Markt habe sich nicht realisieren lassen. Zuletzt habe der Discounter Lidl Interesse bekundet, am angegebenen Standort eine Filiale zu eröffnen und beim Bauamt einen informellen Antrag auf Erweiterung der Verkaufsfläche auf 800 bis 1.000 qm gestellt. Verantwortliche des Unternehmens hätten deutlich gemacht, dass die Ansiedelung einer Filiale nur unter der Voraussetzung in Betracht komme, dass eine direkte Zufahrtmöglichkeit vom Zehlendorfer Damm auf das Geschäftsgelände geschaffen werde.

Herr Buchner bittet um Auskunft, wie der derzeitige Sachstand sei.

Frau Hempelmann erwidert, die Standortprüfung durch Lidl habe noch nicht zu konkreten Ergebnissen geführt.

Herr Fortmeier ergänzt, die Bezirksvertretung habe alle notwendigen Entscheidungen getroffen, um potentiellen Investoren entgegen zu kommen. Eine weitergehende Einflussnahme seitens der Politik sei nicht möglich, vielmehr lasse sich Lidl bei der Entscheidung für oder gegen eine Ansiedelung am angegebenen Standort ausschließlich von marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 40. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 23.10.2008

Herr Steinkühler weist darauf hin, dass er die vorhergehende Sitzung nicht wie im Protokoll angegeben um 19:30 Uhr, sondern bereits um 19:15 Uhr nach der Beratung von Tagesordnungspunkt 5.1 habe verlassen müssen.

Frau Busch-Viet nimmt den Hinweis zum Anlass, die Bezirksvertretungsmitglieder darum zu bitten, sich bei endgültigem Verlassen der Sitzung abzumelden.

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 23.10.2008 wird unter Berücksichtigung des von Herrn Steinkühler gegebenen Hinweises nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

1. Mit der Einladung versandte bzw. als Tischvorlage erhaltene Unterlagen

- Einladung zur Veranstaltung Straßen – Wege – Plätze, Vermögensbewertung und Instandhaltungsrückstellung in der Eröffnungsbilanz 2009
- Ziel- und Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld
- Ergebnis der Stadtteilbegehung Dornberg am 04.11.2008

2. Sondermittel der Bezirksvertretung für den Anbau des Gemeindehauses der Kirchengemeinde Hoberge-Uerentrup

Frau Bezirksvorsteherin Hempelmann berichtet, dass sie ein Schreiben der Kirchengemeinde Hoberge-Uerentrup erhalten habe, in dem der Förderverein der ev.-luth. Kirchengemeinde ebenso wie der Pastor der Gemeinde ihren Dank für den finanziellen Beitrag der Bezirksvertretung zu den Kosten der Erweiterung des Gemeindegebäudes zum Ausdruck gebracht hätten. Weiter teilt Frau Hempelmann mit, dass auch der beim Land beantragte Zuschuss zu den Baukosten zwischenzeitlich genehmigt worden sei.

3. Anmeldezahlen für Grundschulen

Frau Busch-Viet verweist auf die als Tischvorlage verteilte Übersicht über die Anmeldezahlen für Grundschulen zum Schuljahr 2009/2010. Die Schulverwaltung habe hierzu eine Erläuterung verfasst. Danach sei die gesamtstädtische Aufnahmekapazität der Grundschulen mit 3.312 Plätzen voll ausreichend, um die angemeldeten 3.047 Schulanfängerinnen und Schulanfänger zu versorgen. Ein Teil der vorhandenen rechnerischen Überkapazität entfalle auf Dornberg, wo für 155 angemeldete Kinder 216 Plätze zur Verfügung stünden. Lediglich die Grundschule in Hoberge-Uerentrup könne nicht alle angemeldeten Kinder aufnehmen, wovon allerdings nur zwei nicht im Einzugsgebiet der Schule lebende Familien betroffen seien. Die Schulverwaltung gehe davon aus, dass sich hinsichtlich der Anmeldezahlen noch leichte Verschiebungen ergeben könnten, da an einzelnen Schulen recht große Klassen gebildet werden müssten.

4. Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld

Frau Busch-Viet erläutert, dass das Maßnahmenkonzept zur Förderung des Radverkehrs in Bielefeld auf Wunsch einiger Bezirksvertretungsmitglieder verteilt worden sei, um eine frühzeitige Beschäftigung

mit dem im Rahmen der Konzepterstellung erarbeiteten Kriterienkatalog zu ermöglichen. Das Ziel- und Maßnahmenkonzept sei ein Handlungsprogramm, das in den nächsten Jahren weiter konkretisiert werden solle. Sobald detaillierte Planungen vorlägen, würden diese den Fachausschüssen und betroffenen Bezirksvertretungen vorgestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Konzept sei bisher im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss, im Finanz- und Personalausschuss sowie im Rat der Stadt Bielefeld beraten worden.

5. Ergebnis der Stadtteilbegehung Dornberg am 04.11.2008

Im Zusammenhang mit dem als Tischvorlage verteilten Ergebnis der Stadtteilbegehung Dornberg weist Frau Busch-Viet darauf hin, dass ihr von Mitgliedern der Bezirksvertretung Dornberg keine konkreten Handlungsbedarfe gemeldet worden seien.

Hinsichtlich des Einkaufszentrums Lohmannshof seien die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Begehung zu der Einschätzung gelangt, dass das Erscheinungsbild der dortigen öffentlichen Flächen nicht zu beanstanden sei. Nach Auffassung des Geschäftsführers des Einzelhandelsverbandes, Herrn Lehrmann, hätten die im Einkaufszentrum vorhandenen Leerstände strukturelle Ursachen und seien nicht durch Maßnahmen der Stadtbildpflege zu beeinflussen.

6. Informationsveranstaltung Straßen – Wege- Plätze

Frau Busch-Viet erinnert an die am 10.12.2008 um 19:00 Uhr im Ratssaal stattfindende Informationsveranstaltung „Straßen-Wege-Plätze, Vermögensbewertung und Instandhaltungsrückstellung in der Eröffnungsbilanz 2009“.

Im Rahmen der Veranstaltung werde die Systematik vorgestellt, nach der Straßen erfasst und in die Eröffnungsbilanz eingestellt worden seien.

7. Anpassung der Friedhofssatzung für den Friedhof Kirchdornberg

Frau Busch-Viet fasst eine Mitteilung des Umweltbetriebs zur Anpassung der Friedhofssatzung für den Friedhof Kirchdornberg zusammen. Durch die 1. Änderungssatzung der technischen und der Gebührensatzung werde das bestehende Grabstättenangebot um Pflegewahlgrabstätten für Urnenbestattungen erweitert. Diese Grabart werde künftig in Feld VII unterhalb des Urnenrasenreihengrabfeldes angeboten. Urnenrasenwahlgrabstätten seien Wahlgrabstätten für bis zu zwei Urnen, die in eine Rasenfläche eingebettet seien. Die Nutzungsgebühr betrage 67 Euro pro Jahr und beinhalte bereits die Rasenpflege, so dass für die Hinterbliebenen kein Pflegeaufwand und keine zusätzlichen Kosten anfielen. Die Nutzungszeit betrage 20 bis maximal 40 Jahre. Die Bestattungsgebühr liege bei 113 Euro. Zur individuellen Kennzeichnung der Grabstätte bestehe die Möglichkeit, eine Grabplatte in den Maßen 40 x 50 x 6 cm ebenerdig verlegen zu lassen.

Auf Nachfrage von Mitgliedern der Bezirksvertretung, ob es auch neue Erkenntnisse bezüglich der auf dem Friedhof Kirchdornberg gewünschten Baumbestattungen gebe, äußert Frau Busch-Viet, die zuständige Mitarbeiterin im Umweltbetrieb habe für die Januarsitzung

einen Sachstandsbericht zu den möglichen Bestattungsformen auf dem Kirchdornberger Friedhof angeboten. Das Angebot soll nach übereinstimmender Auffassung in Anspruch genommen werden.

8. Bauarbeiten Wertherstraße

Herr John bittet, bei der Durchführung der Arbeiten an der Wertherstraße darauf zu achten, dass im Hinblick auf die Radwegführung, die Schaffung von Parkplätzen und die Errichtung von Buswarteeinrichtungen keine Fakten geschaffen würden, die eine Umsetzung der von der Bezirksvertretung hierzu formulierten Ziele erschweren bzw. verhindern. Er regt an, das Thema auf die Tagesordnung der Januarsitzung zu setzen.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

- - - - -

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 6 werden entsprechend dem Beschluss vor Eintritt in die Tagesordnung zusammen beraten.

- - - - -

Zu Punkt 5.1 Ausbau der Straße Leihkamp - Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6229/2004-2009 und

Zu Punkt 6 Ausbaustandard der Straße Leihkamp – Beschlussvorlage der Verwaltung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6220/2004-2009

Herr Glasl vom Amt für Verkehr räumt ein, dass es bei der Planung für die Erweiterung des Leihkamp interne Abstimmungsprobleme gegeben habe. Recherchen hätten ergeben, dass der hintere Teil des Leihkamp, anders als von der Verwaltung angenommen, 1999 nicht endgültig ausgebaut worden sei. Der im Antrag der SPD-Fraktion erwähnte Beschluss zum Ausbau der Straße liege der Verwaltung inzwischen vor. Er sei allerdings nicht vom Gemeinderat, sondern vom damaligen Bau- und Wegeausschuss der Gemeinde Babenhausen gefasst worden.

Die von der Verwaltung vorgelegte, von dem damaligen Beschluss abweichende Ausbauempfehlung stütze sich auf die Tatsache, dass es sich bei dem Leihkamp um eine Straße mit sehr geringer Verkehrsbelastung handle. Im Maximum sei von 50 bis 100 Kraftfahrzeugbewegungen pro Tag auszugehen. In Neubaugebieten werde in solchen Fällen die Erschließung üblicherweise über Mischverkehrsflächen, bei denen alle Nutzungen auf einer Ebene erfolgten, sichergestellt. Mischverkehrsflächen seien nach den entsprechenden Regelwerken geeignet für Verkehrsbe-

lastungen bis zu 150 Fahrzeugen pro Stunde.

Der Leihkamp sei im hinteren Teil in einer Breite von 4,75 m ausgebaut. Diese Breite erlaube einen Begegnungsverkehr von Personenkraftwagen. Im vorderen Bereich solle die Straße jetzt auf 5 m Breite erweitert werden, was die Begegnung von Personenkraftwagen mit Lastkraftwagen ermögliche.

Die Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung habe vorgeschlagen, die Erweiterung als Pflasterfläche auszuführen. Diese Lösung werde in vielen Gebieten gewählt, habe allerdings den Nachteil, dass Pflasterstreifen häufig fälschlich für Parkstreifen gehalten würden.

Das Amt für Verkehr empfehle daher nach nochmaliger eingehender Diskussion, den Leihkamp gemäß der Verwaltungsvorlage mittels einer Asphaltfläche auszubauen.

Herr Fortmeier erkennt an, dass die Verwaltung Fehler eingeräumt habe. Problematisch sei, dass der Erschließungsvertrag mit dem neuen Investor auf einer Grundlage geschlossen worden sei, die nicht mit der Vereinbarung der Altanlieger zum Ausbaustandard des Leihkamp in Einklang stehe. Er vermisse seitens der Verwaltung einen Vorschlag, wie die Sicherheit der Anlieger sichergestellt werden könne. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion solle erreicht werden, dass Kinder nicht nach Verlassen der zu veräußernden Grundstücke unmittelbar auf der Fahrbahn stünden. Ein denkbarer Kompromiss sei, die Fahrbahn schmaler anzulegen und die gewonnene Fläche für die Anlage eines Gehweges zu verwenden.

Herr Glasl hält grundsätzlich eine Fahrbahnbreite von 4,10 m und eine Nutzung der verbleibenden 0,90 m für einen Gehweg für akzeptabel. In diesem Fall sei allerdings die Verhängung eines absoluten Halteverbotes erforderlich, weshalb er weiter für die Einrichtung einer Mischverkehrsfläche werbe.

Herr Fortmeier erkundigt sich, warum der Leihkamp im Einmündungsbereich in die Babenhauser Straße breiter angelegt worden sei. Herr Glasl erwidert, dass es sich hierbei um eine Forderung des Landesbetriebes Straßen.NRW gehandelt habe.

Herr Graeser äußert, dass es offenbar keinen Spielraum gebe, um den Straßenrand des Leihkamp nach Osten zu verschieben. Sofern ein zweites Hochbord für Fußgänger angelegt werde, sei kein Begegnungsverkehr für Fahrzeuge mehr möglich. Hierdurch bestehe die Gefahr, dass Fahrzeuge auf den Gehweg auswichen.

Herr Kleinesdar legt Wert darauf, dass zwischen den Zufahrten zu den neuen Grundstücken keine Parkflächen markiert werden.

Herr Steinkühler äußert, dass er sich im Vorfeld der Sitzung vor Ort einen Eindruck von der Verkehrssituation verschafft habe. In einem Zeitraum von 30 Minuten habe er 3 Fahrzeuge registriert. Der als Problem angeführte Müllwagen nutze die Straße aus seiner Sicht auch für höchstens 15 Minuten pro Woche. Er vergleiche die Situation mit seinem eigenen Wohnumfeld am Glienicker Weg. Hier führe das Parken von Fahrzeugen auf der dortigen Mischverkehrsfläche zu einer deutlichen Beruhigung des Verkehrs. In 20 Jahren sei es dort zu keinem einzigen Unfall gekommen. Er könne sich aus heutiger Sicht nicht vorstellen, an Ausbaustandards von 1967 festzuhalten.

Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die die fünf Häuser an der stark befahrenen Babenhauser Straße ebenfalls kein Gehweg zur Verfügung stehe. Aus seiner Sicht sei die von der Verwaltung vorgeschlagene Ausbaubreite von 5 m bereits großzügig bemessen.

Auf die Frage von Frau Selle, ob es Kostenunterschiede zwischen einer asphaltierten und einer gepflasterten Verbreiterung gebe, äußert Herr Glasl, dass die Ausbaurkosten bei beiden Varianten weitgehend identisch sein dürften.

Weiter möchte Frau Selle wissen, ob auf lange Sicht eine Widmung des Leihkamp als Wohn- und Spielstraße vorstellbar sei.

Hierzu legt Herr Glasl dar, dass die Anlage einer Mischverkehrsfläche in Betracht komme, wenn die Straße ohnehin zur Erneuerung anstehe. Eine Widmung als Spielstraße sei dagegen nicht empfehlenswert, da in diesem Fall das Parken nur auf markierten Flächen zulässig sei.

Herr Berenbrinker äußert, die Diskussion habe gezeigt und auch die Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung sei bereits zu dem Ergebnis gelangt, dass der 1967 vorgesehene Ausbaustandard nicht mehr zeitgemäß sei. Aus technischer Sicht verdiene der Vorschlag der Verwaltung Unterstützung. Auf Grund des unglücklichen Verfahrensverlaufs müsse aber darauf geachtet werden, dass eine möglichst sichere Lösung gefunden werde. Andernfalls laufe die Bezirksvertretung Gefahr, dass im Falle eines Unfalles ein Zusammenhang zu der Nichtumsetzung des 1967 beschlossenen Ausbaustandards hergestellt werde. Er verspreche sich von einem Pflasterstreifen, auch wenn er gegebenenfalls zum Parken verleite, ein höheres Maß an Sicherheit als von einer bis an die Grundstücksgrenzen reichenden Asphaltfläche.

Frau Wilmsmeier bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Steinkühler. Auch für sie berge die Querung der Babenhauser Straße ein größeres Gefährdungspotential als der Ausbaustandard des Leihkamp.

Die Frage von Herr Kleinesdar, ob die vertragliche Situation eine Verlängerung der Aufweitung bis zu dem ersten Wohnweg zulasse, kann Herr Glasl nicht beantworten.

Vor der Beschlussfassung über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Graeser auf Abstimmung, erhält Herr Fortmeier Gelegenheit zu einer abschließenden Stellungnahme.

Er empfiehlt, dass die Verwaltung, die Fehler eingeräumt, und die Politik, die auf Grund alter Beschlüsse eine Maximalforderung aufgestellt habe, sich auf einander zu bewegen sollten. Er könne sich vorstellen, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und die Straße mit 5 m Breite auszubauen, lege aber Wert darauf, dass eine 1,20 m breite Fläche gepflastert werde. Darüber hinaus erwarte er von der Verwaltung Entgegenkommen dahingehend, dass die Fahrbahn des Leihkamp nach Abschluss aller Arbeiten mit einer glatten Decke versehen werde.

Zu den durch Versorgungsträger an der Straße verursachten Schäden legt Herr Glasl dar, das es sich bei dem derzeitigen Zustand um ein Provisorium handele. Die Stadtwerke Bielefeld seien auf Grund von Konzessionsverträgen verpflichtet, beeinträchtigte Straßen und Wege nach Abschluss aller Arbeiten in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. In der Regel würden Löcher zunächst provisorisch verschlossen. Sobald sich der Untergrund endgültig gesetzt habe, werde die Straßenoberfläche endgültig ausgebessert, wobei Nahtstellen nicht auszuschließen seien.

Eine komplette Deckenerneuerung könne nur im Wege der Priorisierung erreicht werden.

Abschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Dem Ausbau (der Verbreiterung) der Straße Leihkamp zwischen dem bereits verbreiterten Abschnitt und der Babenhauser Straße wird zugestimmt. Die Fahrbahnerweiterung soll den Plänen in den Anlagen 1 und 2 zur Verwaltungsvorlage entsprechend, allerdings als Pflasterfläche ausgeführt werden. Nach Abschluss der Bauarbeiten ist die Fahrbahndecke des Leihkamp in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Sondermittel des Stadtbezirkes 2008

Auf Vorschlag von Frau Hempelmann fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Sofern die durch Beschluss vom 23.10.2008 für die Finanzierung des Veranstaltungskalenders vorgesehenen Sondermittel nicht in vollem Umfang benötigt werden, sollen eventuelle Restmittel für die Ergänzung der Küchen- bzw. Raumausstattung im Bürgerzentrum verwandt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Kulturmittel des Stadtbezirks 2008

Frau Hempelmann teilt mit, die Arbeitsgruppe Kultur schlage vor, die noch zur Verfügung stehenden Kulturmittel im Vorgriff auf das nächste Jahr den beiden Fördervereinen für Kirchenmusik zukommen zu lassen. Der Zuschuss im Jahr 2009 solle dann entsprechend geringer ausfallen. Auf diese Weise verbleibe im kommenden Jahr ein größerer finanzieller Spielraum für sonstige kulturelle Veranstaltungen im Stadtbezirk. Die Bezirksvertretung folgt dem Vorschlag der Arbeitsgruppe und fasst folgenden

Beschluss:

Aus den Mitteln für Kulturarbeit im Stadtbezirk Dornberg sind folgende Zahlungen zu leisten:

Förderverein für Musik in der Peterskirche Kirchdornberg e.V.	150,00 Euro
Förderverein Kirchenmusik in Heilig Geist Bielefeld e.V.	150,00 Euro

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Verwendung von Mitteln für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen

Nach einer kurzen Erläuterung der geplanten Maßnahme durch Frau Busch-Viet fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die noch verfügbaren Mittel für die Unterhaltung von Spiel- und Bolzplätzen in Höhe von 1.067,00 Euro sollen für die Beschaffung und Montage von zwei Schildern für den Grillplatz Hasbachtal sowie die Finanzierung von Steinblöcken zur Markierung der Grillfläche verwandt werden.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Ausdehnung der Tempo-30-Zone auf der Großdornberger Straße

Frau Busch-Viet teilt mit, dass die beschlossene Ausweitung der Tempo-30-Zone auf der Großdornberger Straße von der Einmündung Spandauer Allee bis zum Forellenweg mittlerweile angeordnet worden sei. Die entsprechende Beschilderung sei erfolgt. Die Markierung der ebenfalls beschlossenen versetzten Parkflächen werde witterungsbedingt erst im Frühjahr 2009 erfolgen.

Winterdienst für die neu gepflasterte Fläche zwischen Halenseeweg und Dornberger Auenpark

Frau Selle erinnert an den Beschluss, den neu gepflasterten Weg, der vom Halenseeweg über den Babenhauser Bach in den Auenpark führt, in den Winterdienst einzubeziehen. Sie weist darauf hin, dass der Weg laut Beschilderung nach wie vor aus dem Winterdienst ausgenommen sei. Frau Busch-Viet sagt eine entsprechende Nachfrage beim Umweltbetrieb zu.

-.-.-